ARBEIT UND DIGITALISIERUNG 23.06.2026 | Lutz Frühbrodt

KI-Kolonie Europa

Die nächste industrielle Revolution basiert auf Künstlicher Intelligenz. Ohne eigene Infrastruktur droht uns die Abhängigkeit von fremden Mächten.

SpaceX hat dieser Tage den bisher größten Börsengang aller Zeiten hingelegt. Interessant dabei: Das Raumfahrtunternehmen von Elon Musk verfügt mit xAI über einen wichtigen KI-Strang. Auch die ChatGPT-Mutter OpenAI und der Rivale Anthropic mit seinem Sprachmodell Claude streben an die Börse. Beide Unternehmen werden von den Kapitalmärkten aktuell mit 850 beziehungsweise 965 Milliarden US-Dollar bewertet. Zum Vergleich: Der größte europäische Konkurrent Mistral mit seinem Chatbot Vibe (zuvor Le Chat) wird auf gerade einmal elf Milliarden Euro taxiert.

Zwar ist immer wieder vom amerikanischen KI-Hype die Rede. Doch die Goldgräberstimmung an den Kapitalmärkten hat ein realwirtschaftliches Fundament. Das Zauberwort lautet „agentische KI“. Bisher haben Chatbots vor allem recherchiert, formuliert und programmiert. In der nächsten Entwicklungsstufe führen sie nun eigenständig Aufgaben aus – nicht nur für Privatpersonen, sondern zunehmend auch für Unternehmen. Als „Agenten“ übernehmen sie ganze Geschäftsprozesse, organisieren Arbeitsabläufe, optimieren Lieferketten und bereiten Entscheidungen vor.

Insbesondere Anthropic gilt hier als Vorreiter. Auf der Verliererseite hat SAP, deutscher Anbieter von Unternehmenssoftware, diesen Trend bereits schmerzhaft zu spüren bekommen. Der Aktienkurs des europäischen Vorzeigekonzerns hat innerhalb eines Jahres massiv an Wert verloren. SAP steht dabei sinnbildlich für das, was auf die europäischen Volkswirtschaften insgesamt zukommen dürfte. Denn KI als Produktivitätsbooster für Unternehmensprozesse verteilt die Karten der industriellen Infrastruktur von Staaten grundlegend neu.

Das Konzept der digitalen Souveränität beschränkt sich dabei nicht auf die private Nutzung sozialer Medien oder den Einsatz von Microsoft-Programmen in der öffentlichen Verwaltung. Im erweiterten Sinne geht es darum, ob europäische Unternehmen künftig auf ausländischen

„Betriebssystemen“ laufen und daraus eine fundamentale wirtschaftliche und politische Abhängigkeit entsteht. Und zwar nicht nur auf Ebene der Anwendungen. Denn das KI-Ökosystem der USA wirkt schon heute wie ein digitales Spinnennetz, in dem sich die Europäer verfangen haben.

Bei den Mega-Clouds dominieren Amazon und Microsoft. Europäische Anbieter besetzen bestenfalls eine Nische. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Rechenzentren, in denen die KI-Prozesse stattfinden. Und bei Hochleistungs-Mikrochips hat der US-Riese Nvidia klar die Nase vorn, während sich der Münchner Hersteller Infineon dagegen wie ein Zwerg ausnimmt.

Das KI-Ökosystem der USA wirkt schon heute wie ein digitales Spinnennetz, in dem sich die Europäer verfangen haben.

Setzt sich diese Entwicklung fort, müssten europäische Unternehmen ihre Prozesse künftig auf fremden KI-Betriebssystemen laufen lassen, deren Regeln andere vorgeben. Auf diese Weise könnte die Europäische Union mittelfristig zu einer US-amerikanischen KI-Kolonie werden. Die Landnahme erfolgte dann nicht auf physischer, sondern auf virtueller Ebene. Eine Art digitales Grönland.

Was also tun? Alternative Nummer eins: den USA nacheifern. Das wird jedoch kaum funktionieren. Europa verfügt weder über die riesigen Investmentfonds, die ohne Weiteres Milliardenbeträge für risikoreiche Start-ups bereitstellen, noch über einen weitgehend unregulierten Markt, auf dem sich neue Geschäftsmodelle austoben können. Hinzu kommt, dass Europa keine Big-Tech-Konzerne wie Google, Amazon oder Microsoft hervorgebracht hat, die als Großinvestoren bei OpenAI, Anthropic & Co. eingestiegen sind und genau wissen, wie man Weltmärkte strategisch erschließt.

Alternative Nummer zwei wäre die Orientierung an China. Laut dem *Stanford AI Index* liegen chinesische Sprachmodelle bei ihrer Leistungsfähigkeit inzwischen nur noch knapp hinter den US-Chatbots. Die dortigen Unternehmen arbeiten hoch effizient. So soll die Entwicklung der ersten Version von DeepSeek, des bekanntesten KI-Modells aus China, angeblich weniger als 300 000 US-Dollar gekostet haben. Abgesehen vom Start-up DeepSeek zeigt sich in China fast ein Spiegelbild zu den USA: Die KI-Platzhirsche sind dort der E-Commerce-Gigant Alibaba, die TikTok-Mutter ByteDance sowie der Social-Media-Konzern Tencent mit seiner Plattform WeChat.

All diese milliardenschweren Unternehmen konkurrieren zwar miteinander, müssen sich letztlich aber dem Staat und damit der

Kommunistischen Partei unterordnen. Und die hat Großes vor: In den kommenden Jahren soll KI konsequent in allen wichtigen Branchen eingesetzt werden – von der Abfallwirtschaft bis zur Zuckerindustrie. Um dieses Ziel voranzutreiben, investiert der Staat massiv in eine KI-Infrastruktur aus günstiger Energieversorgung, riesigen Rechenzentren, Mega-Clouds und der Produktion leistungsfähiger Chips.

Ein weiterer Eckpfeiler der Strategie lautet: Die Unternehmen sollen chinesische KI-Produkte kaufen. Der Staat geht mit gutem Beispiel voran. Die öffentliche Verwaltung kurbelt die Nachfrage kräftig an, allerdings auch durch hohe Investitionen in „Sicherheitsprogramme". Auch wenn einzelne Elemente dieses Ansatzes erwägenswert erscheinen, kann die chinesische KI keine vollwertige Alternative für ein demokratisches Europa sein.

Damit bleibt nur die dritte Option: eine autonome strategische Industriepolitik, bei der der Staat – sprich die EU – gezielt und koordiniert eine europäische KI-Infrastruktur aufbaut, eigene Betriebssysteme entwickelt und demokratische Vertrauensstandards etabliert.

Sicher, die EU hat die Hände auch bisher nicht in den Schoß gelegt. Dennoch ist vieles Stückwerk geblieben und von Rückschlägen geprägt. Das wichtigste Maßnahmenpaket ist *Invest AI*, mit dem die EU-Kommission 200 Milliarden Euro an KI-Investitionen mobilisieren will. Dabei handelt es sich um ein Hebelprogramm: EU-Gelder fließen nur in großem Umfang, wenn auch private Investoren aktiv werden. Bislang hat jedoch lediglich die japanische Softbank mit einem größeren Engagement reagiert.

Im Zentrum von *Invest AI* steht der Bau von Rechenzentren. Einige kleinere Anlagen sind bereits entstanden, die deutlich größeren *Giga Factories* existieren bislang jedoch nur auf dem Papier. Bereits 2023 versuchte die EU zudem, vor allem mithilfe von Subventionen die Chipproduktion anzukurbeln. Dass der US-Konzern Intel seine Pläne für eine große Chipfabrik in Magdeburg inzwischen wieder begraben hat, kann als Sinnbild für die Grenzen, wenn nicht gar das Scheitern dieses Programms gelten.

Die digitale Infrastruktur der Zukunft gehört nicht in fremde Hände.

Ansätze sind also vorhanden, doch der Nachholbedarf bleibt enorm. Er beginnt bereits bei der Finanzierung. Der Draghi-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit Europas hatte schon 2024 jährlich zusätzliche öffentliche und private Investitionen von 800 Milliarden Euro

> gefordert, damit die EU-Staaten wirtschaftlich und technologisch mit den USA und China mithalten können. Diese Summe mag illusorisch erscheinen, macht aber deutlich, dass die bisherigen Dimensionen viel zu klein gedacht sind.

Von europäischer Seite wäre deshalb ein wirklich großer Wurf nötig, um eine wirksame strategische Industriepolitik zu finanzieren. In den USA und China sind bereits KI-Riesen entstanden, die ihre Größenvorteile auch international ausspielen können. Deshalb sollte die EU gezielt einen *European Champion* aufbauen. Als einziger realistischer Kandidat drängt sich derzeit Mistral AI auf.

Ein zweiter europäischer Champion wäre im Bereich der Hochleistungs-Mikrochips denkbar. Der aussichtsreichste Kandidat hierfür ist Infineon. Das Unternehmen konzentriert sich bislang auf Spezialchips, etwa für die Automobilindustrie, wäre von seiner Größe her jedoch am ehesten geeignet und könnte ein deutsches Pendant zum französischen Mistral bilden.

Ein weiterer zentraler Punkt: Die Skepsis gegenüber KI nimmt spürbar zu. Nach einer Gallup-Umfrage vom April dieses Jahres in den USA gab fast ein Drittel der Befragten aus der Generation Z an, wütend auf KI zu sein. Die Kritik reicht von Datenklau und Kreativitätsraub über halluzinierte Ergebnisse bis hin zur Gefahr der Verdummung und politischer Manipulation.

Auch diesseits des Atlantiks wächst die Skepsis. Diese Entwicklung kann als Signal verstanden werden, Regulierung nicht als bürokratisches Hindernis, sondern als Chance und damit als Wettbewerbsvorteil zu begreifen. „AI made in Europe“ könnte zu einem Goldstandard für transparente Modelle, fairen Datenschutz, klare Haftungsregeln sowie verlässliche und industriesichere Lösungen werden.

Grundvoraussetzung dafür ist allerdings ein grundlegender Mentalitätswandel in der europäischen Politik. Immer wieder wird in Brüssel und Straßburg argumentiert, das große Rennen sei ohnehin längst verloren. Europa solle sich lieber auf industriespezifische KI konzentrieren, etwa für die Automobilindustrie oder den Anlagenbau. Gewiss liegen hier europäische Stärken. Doch wenn nicht zugleich an den Schwächen gearbeitet wird, werden europäische Unternehmen dauerhaft zu teuer zahlenden Abonnenten der großen Allzweckmodelle von Anthropic, Google & Co. sowie der Cloud-Dienste eines Jeff Bezos oder Bill Gates. Denn die großen Sprachmodelle werden künftig das

betriebswirtschaftliche Grundrauschen in den Unternehmen bestimmen.

Wer auf europäische Stärke und digitale Souveränität setzt, muss sich allerdings auch von dem Mythos verabschieden, eine Welt des freien Handels könne fortbestehen, während die USA und China längst nach anderen Regeln spielen. Die digitale Infrastruktur der Zukunft gehört deshalb nicht in fremde Hände. Schon gar nicht in die Hände von Mächten, die Handel als politischen Hebel einsetzen. Diese Erkenntnis ist keine nationalistische Kraftmeierei, sondern ein Akt wirtschaftlicher Selbstermächtigung.



Lutz Frühbrodt
Würzburg

Prof. Dr. Lutz Frühbrodt ist Journalist und Ökonom. Er lehrt an der Technischen Hochschule Würzburg und leitet das Projekt *The Economics Coach*.